

Landwirtschaft ist Zukunft.

Forderungen der Jungen Union Deutschlands für eine moderne und
leistungsfähige Landwirtschaft

Beschlussvorlage des Bundesvorstandes der Jungen Union
zur Vorlage an den Deutschlandrat am 26./27. März 2010 in Manching

Die Landwirtschaft in Deutschland prägt den ländlichen Raum und ist der Garant unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Mit einem Anteil von etwa 0,9 Prozent am Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein relativ kleiner Wirtschaftsbereich. Dieser Wert spiegelt aber nicht die Bedeutung der Landwirtschaft für unser Land wider. Mit einem Produktionswert von ca. 54 Milliarden Euro, einer Bruttowertschöpfung von ca. 20 Milliarden Euro und insbesondere der wirtschaftlichen Bedeutung für den ländlichen Raum ist die Landwirtschaft aus Sicht der Jungen Union Deutschlands eine wahre Zukunftsbranche! Ökonomie und Ökologie sind für die deutschen Landwirte kein Gegensatz. Wir sehen den Landwirt als innovativen Unternehmer und nicht als passiven Subventionsempfänger.

In den 349.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland arbeiten ca. 860.000 Menschen, dies sind 2,1 Prozent aller Erwerbstätigen. Jedem Arbeitsplatz in der Landwirtschaft stehen darüber hinaus vier Arbeitsplätze in der Lebensmittelwirtschaft gegenüber, so dass alleine in der Lebensmittelkette – von der Landwirtschaft über die Ernährungsindustrie bis zum Lebensmitteleinzelhandel – mehr als vier Millionen Erwerbstätige zu verzeichnen sind. Über 82 Prozent der Fläche Deutschlands werden land- oder forstwirtschaftlich genutzt, davon ca. 52 Prozent durch die Landwirtschaft.

Die deutsche Agrarpolitik ist sehr eng mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union verwoben. Der enorme Anteil der Agrarausgaben am EU-Haushalt ist nicht mit einer Überkompensation durch Subventionen gleichzusetzen, sondern geht auf die fast vollständige Integration dieses Politikfeldes zurück. Die Junge Union setzt sich daher für verlässliche agrarpolitische Rahmenbedingungen und deren Finanzierung ein und steht zum europäischen Agrarmodell einer multifunktionalen Landwirtschaft mit wirtschaftlich starken ländlichen Räumen.

Heute geht es bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU darum, Fläche als begrenzt vorhandenen Produktionsfaktor für Nahrung und Energie effizient zu nutzen. Mit der Agrarreform im Jahre 2003 beabsichtigte die EU durch die Einführung von Direktzahlungen, eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte im Rahmen der WTO zu ermöglichen. Dabei werden gleichzeitig die Ziele des auf Nachhaltigkeit ausgerichteten, multifunktionalen europäischen Agrarmodells verfolgt, die in der Sicherung fundamentaler Bedürfnisse des menschlichen Lebens wie dem Recht auf Nahrung und Energie sowie hohen Umwelt-, Tier- und Verbrauchermaßstäben liegen. Die Verknüpfung der Direktzahlungen mit der verbindlichen Einhaltung hoher Produktionsstandards unterstreicht die gesellschaftliche Verantwortung, die die Landwirtschaft über-

42 nommen hat. Diese hohen Standards müssen Grundlage und Richtschnur für internationale
43 Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte sein. Die Junge Union be-
44 kennt sich daher klar zum Kurs der EU und fordert die verlässliche Einhaltung der Reform-
45 schritte.

46 Die Reformen der Agrarpolitik sind insbesondere vor dem Hintergrund der WTO-
47 Verhandlungen eingeleitet worden. Der Abschluss der laufenden Verhandlungsrunde ist somit
48 erforderlich, wenn diese Reformen nicht umsonst sein sollen. Die starke Position der EU muss
49 selbstbewusst genutzt werden. Eine Überprüfung insbesondere der eigenen Exportbeschrän-
50 kungen ist allerdings von hoher Wichtigkeit, um die Exportchancen zu nutzen. Der Verkauf der
51 europäischen Agrarprodukte sollte dabei im Vordergrund stehen und nicht eine freiwillige
52 (und teils vertragliche) Selbstbeschränkung. Dies würde für die EU in vielen Bereichen (z.B.
53 beim Zucker) zu besseren Steuerungsmöglichkeiten der durch die Natur bedingten temporä-
54 ren Überproduktion führen.

55

56 **Landwirtschaftliche Energieerzeugung reformieren**

57 Auf nationaler Ebene spielt die Erzeugung von Energie durch die Landwirtschaft eine immer
58 größere Rolle. Mit dem Anbau von Energiepflanzen zur Erzeugung von Strom und Wärme oder
59 auch zur Herstellung von Kraftstoffen hat sich die Landwirtschaft ein wichtiges Einkommens-
60 feld erschlossen. Pflanzen für „nicht-Nahrungszwecke“ werden mittlerweile auf ca. 17 Prozent
61 des Ackerlandes in Deutschland angebaut. Durch die Privilegierung nachwachsender Rohstof-
62 fe (NaWaRo) subventioniert der Staat jedoch diesen Wirtschaftsbereich erheblich. Vor allem
63 der Anbau von Mais zur Energieerzeugung wird enorm gefördert, so dass mittlerweile die
64 Landschaft durch Mais-Monokulturen dominiert wird. Schädlinge können sich ausbreiten,
65 Fruchtfolgen werden verengt und eine erhebliche Flächenkonkurrenz zwischen Energie- und
66 Nahrungsmittelproduktion entsteht. Dies schlägt sich teilweise in enorm hohen Pachtpreisen
67 nieder. Die Junge Union setzt sich daher für die Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
68 (EEG) ein. Ziel muss es sein, dass die Energieproduzenten die Rohstoffe bzw. Produkte ver-
69 wenden, die die höchste Energieausbeute erwarten lassen, statt sich an Subventionen auszu-
70 richten. Der Bonus für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe muss abgeschafft werden. Die
71 Jungen Union begrüßt, dass der Bau von Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen ab dem 1. Juli
72 2010 nicht mehr durch das EEG gefördert wird. Diese Anlagen verhindern die Nutzung als An-
73 baufläche, so dass wertvoller Boden verloren geht.

74 Für die Erzeugung von Bioenergie ist vor allem die Produktion von Strom und Wärme durch
75 Biogasanlagen relevant. Dieser Energieträger ist durch eine hohe Versorgungssicherheit ge-
76 kennzeichnet, weil die durch Bioenergie erzeugte Elektrizität keinerlei Schwankungen unter-
77 liegt, wie es beispielsweise bei der durch die Windkraft erzeugten Elektrizität der Fall ist. Da
78 die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) grundsätzlich den Anreiz zum Bau
79 kleinerer Biogasanlagen fördert und die Grundlagen für eine in Zukunft effizientere
80 Abwärmenutzung schafft, wird sie von der Jungen Union grundsätzlich begrüßt. Darüber hin-
81 aus ist es durch einen neuen Bonus lukrativer geworden, einen Teil der benötigten Energie-
82 pflanzen (z.B. Mais) durch neue Einsatzstoffe (Festmist, Gülle) zu ersetzen. Dadurch ist es

83 möglich, problematische Abfallstoffe der Tierproduktion großtechnisch energetisch verwerten
84 zu können und den Konflikt um Nutzflächen zu entschärfen. Insbesondere für Regionen, die
85 stark von der Tierhaltung dominiert werden, könnten solche Anlagen interessant sein. Die
86 nicht mehr verwertbaren Reststoffe der Biogasanlage sind hochwertiger Dünger für die land-
87 wirtschaftlichen Nutzflächen. So lässt sich die Konkurrenz um Nutzflächen zwischen Biogasan-
88 lagenbetreibern und der Lebensmittel produzierenden Landwirtschaft verringern. Die Vergü-
89 tungssätze für die neuen Einsatzstoffe dürfen daher bei der nächsten Novellierung des EEG
90 nicht gesenkt werden. Um den Wirkungsgrad von Biogasanlagen noch effizienter zu gestalten,
91 ist es zudem denkbar, das entstandene Biogas aufzubereiten und dann direkt in das Erdgas-
92 netz einzuspeisen. Die Junge Union steht hinter den Biogas erzeugenden landwirtschaftlichen
93 Betrieben in Deutschland. Zukünftig soll sich die Erzeugung von Energie in diesem Sektor aber
94 auf die Vergärung von Rückständen und Abfallstoffen (z.B. Gülle, Reststoffen aus der Lebens-
95 mittelproduktion) und nicht auf die Vergärung von Nutzpflanzen stützen.

96

97 **Landwirtschaftliche Sozialversicherung zukunftsfest machen!**

98 Die soziale Sicherung der in der Landwirtschaft Tätigen ist für die Junge Union von besonderer
99 Wichtigkeit. Im Kontext der allgemeinen gesetzlichen Sozialversicherung nimmt die Agrarso-
100 zialpolitik eine Sonderstellung ein. Durch die Einführung und Fortentwicklung der landwirt-
101 schaftlichen Unfallversicherung, der Alterssicherung der Landwirte und der landwirtschaftli-
102 chen Krankenkasse wurde eine eigenständige Sozialversicherung für den landwirtschaftlichen
103 Sektor geschaffen, die einerseits auf dessen Besonderheiten abgestimmt ist, andererseits aber
104 auch auf einen Zuschuss aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirt-
105 schaft und Verbraucherschutz in Höhe von aktuell 3,7 Milliarden Euro angewiesen ist. Dies
106 entspricht rund 70 Prozent des Etats des Ministeriums. Die Junge Union setzt sich daher für
107 eine weitere Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung ein.

108 Die Alterssicherung der Landwirte stellt ein Teilsicherungssystem dar. Die landwirtschaftli-
109 chen Unternehmer führen pro versicherungspflichtigem Familienmitglied einen monatlichen
110 Pauschalbetrag von aktuell 213 Euro (West) bzw. 183 Euro (Ost) ab, dessen Entwicklung an die
111 Beitragsentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung gekoppelt ist. Betriebe mit gerin-
112 gem Einkommen erhalten auf Antrag einen Beitragszuschuss. Die Höhe der ausgezahlten Ren-
113 te orientiert sich somit ausschließlich an der Versicherungsdauer. Im Gegensatz zur gesetzli-
114 chen Rentenversicherung wird nicht eine am Lebensstandard orientierte Absicherung im Alter,
115 sondern eine Ergänzung zu der in der Landwirtschaft üblicherweise vorhandenden Absiche-
116 rung durch die Betriebsabgabe (Altenteil bzw. Pachteinahmen) und individueller Vorsorge
117 erzielt. Neben dem Absicherungsgedanken wurde und wird mit der eigenständigen Alterssi-
118 cherung eine Förderung der agrarstrukturellen Entwicklung angestrebt, indem der Rentenein-
119 tritt mit der Bedingung der Betriebsabgabe verknüpft ist. Anders als etwa in den Versor-
120 gungswerken der Freiberufler ist die Alterssicherung der Landwirte aufgrund des Struktur-
121 wandels auf einen Zuschuss aus Bundesmitteln angewiesen, da die Anzahl der Leistungsemp-
122 fänger in einem extremen negativen Verhältnis zu den aktiven Beitragszahlern steht. Aktuell
123 kommen rechnerisch auf einen aktiven Versicherten 2,3 Rentenbezieher.

124 Die landwirtschaftliche Krankenversicherung ist die Pflichtversicherung für Landwirte und ihre
125 mitarbeitenden Familienangehörigen. Sie entspricht in ihren Leistungen weitgehend den übrige
126 n gesetzlichen Krankenkassen, mit dem Unterschied, dass anstelle des Krankengelds u.U. im
127 Krankheitsfall Betriebs- und Haushaltshilfe gestellt wird. Die Beitragshöhe wird im Gegensatz
128 zur allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung nicht prozentual vom Einkommen ermit
129 telt, sondern anhand von 20 Beitragsklassen, die auf Grundlage unterschiedlicher Kriterien
130 (Wirtschaftswert, Arbeitsbedarf, Flächenwert) festgelegt werden. Daher sind die landwirt
131 schaftlichen Krankenkassen nicht in den Gesundheitsfonds einbezogen. Wegen der Nichtteil
132 nahme am Risikostrukturausgleich und der besonders nachteiligen demografischen Struktur
133 der Mitglieder – rund 60 Prozent sind Rentner – übernimmt der Bund die nicht gedeckten
134 Aufwendungen für die Rentner und Altenteiler. 2008 machte dieser Zuschuss ca. 1,2 Milliar
135 den Euro bzw. 50,6 Prozent der Gesamtaufwendungen aus.

136 Wie in den übrigen Gewerbebereichen gibt es auch im landwirtschaftlichen Sektor eine gesetz
137 liche Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft). Der fundamentale Unterschied besteht da
138 rin, dass in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nicht nur die Arbeitnehmer, son
139 dern auch die Unternehmer und ihre Ehepartner selbst pflichtversichert sind. Die rein flä
140 chenmäßige Beitragsermittlung wurde durch eine stärker risikoorientierte Ermittlung der Bei
141 tragshöhe abgelöst. Wie in den anderen Zweigen der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung
142 (LSV) besteht auch in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ein sehr schlechtes Verhält
143 nis von aktiven Beitragszahlern und Empfängern von Rentenleistungen. Durch den neu ge
144 schaffenen Lastenausgleich zwischen den einzelnen Berufsgenossenschaften werden zukünft
145 ig die Lasten durch die sogenannten Altrenten gemeinsam getragen, um eine bundesweite
146 Annäherung der Beiträge zu erreichen. Zusätzlich entlastet der Bund durch einen Zuschuss
147 regelmäßig die beitragszahlenden Betriebe, aktuell um 200 Millionen Euro im Jahr.

148 Derzeit gibt es acht regionale Träger der LSV sowie einen für den Bereich Gartenbau. Mit dem
149 am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Modernisierung des Rechts der Landwirt
150 schaftlichen Sozialversicherung wurde der Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialver
151 sicherung (LSV-SpV) als Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet. Er tritt an die Stelle
152 der bisherigen Bundesverbände der landwirtschaftlichen Alterskassen, Berufsgenossenschaf
153 ten und Krankenkassen und soll die Koordinierung des Systems verbessern sowie eine Reihe
154 von Querschnitts- und Grundsatzaufgaben wahrnehmen.

155 Das Pflichtversicherungssystem in der Landwirtschaft stellt einerseits eine Beschränkung der
156 Freiheit der landwirtschaftlichen Unternehmer gegenüber dem übrigen Mittelstand dar. Ande
157 rererseits ist aber auch festzustellen, dass die soziale Absicherung in der Landwirtschaft dadurc
158 massiv gefördert und teilweise erst hergestellt wurde. Mit seinen Zuschüssen zu der landwirt
159 schaftlichen Sozialversicherung wird der Bund der Tatsache gerecht, dass die Bewältigung des
160 Strukturwandels eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Zudem stellt dies nahezu die einzi
161 ge EU- und WTO-konforme nationale Möglichkeit dar, die landwirtschaftlichen Einkommen zu
162 entlasten und soziale Verwerfungen einzudämmen.

163 Daher spricht sich die Junge Union grundsätzlich für die Beibehaltung der eigenständigen LSV
164 aus, fordert aber:

- 165 • Die Aufwendungen aus Bundesmitteln sind nur zu rechtfertigen, wenn gleichzeitig das
166 System möglichst effizient gestaltet wird. Die Gründung des LSV-SpV kann daher nur
167 ein erster Reformschritt gewesen sein. In Anbetracht der mit dem Strukturwandel sin-
168 kenden Mitgliederzahlen erscheint mittelfristig ein bundesweiter Versicherungsträger
169 ausreichend.
- 170 • Im Rahmen der anstehenden und notwendigen Reformen des Gesundheitssystems
171 können auch die landwirtschaftlichen Krankenkassen nicht ausgespart werden. Die Ef-
172 fizienz der Eigenständigkeit der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ist neu zu
173 bewerten und eine Eingliederung in die GKV zu prüfen.
- 174 • Der Zugang zu einer privaten Krankenversicherung sollte analog zur Gesamtbevölke-
175 rung auch Landwirten nicht generell verschlossen sein.
- 176 • Im Rahmen der Alterssicherung ist die Versicherungspflicht für Ehepartner von Neben-
177 erwerbslandwirten abzuschaffen.
- 178 • Die Berufsgenossenschaft stellt durch den Erlass und die Kontrolle von Unfallverhü-
179 tungsvorschriften ein wichtiges Element in der Unfallprävention dar. Es sollte geprüft
180 werden, durch ein Prämiensystem für vorbildliche Betriebe die Anreize zu Verhinde-
181 rung von Arbeitsunfällen noch zu verstärken.
- 182 • Im Gegensatz zur Alterssicherung und Krankenversicherung ist der Zuschuss zur Un-
183 fallversicherung nicht gesetzlich geregelt. Dies bringt regelmäßig Unsicherheiten für
184 die Träger und die Versicherten mit sich. Hier sollte durch eine klare Regelung Pla-
185 nungssicherheit für alle Beteiligten geschaffen werden.
- 186

187 **Gentechnik – Chance für die Zukunft**

188 Der Einsatz der Grünen Gentechnik wird in Deutschland sehr emotional und wenig faktenbe-
189 zogen geführt. Der Blick über die Grenzen hinaus zeigt jedoch, dass bereits seit Jahrzehnten
190 gentechnisch veränderte Soja-, Mais-, Raps- und Baumwollsorten angebaut werden. Der Anteil
191 gentechnisch veränderten Sojas an der Welterzeugung beträgt bereits 72 Prozent, bei Baum-
192 wolle 47 Prozent. Bei Mais und Raps sind bereits über 20 Prozent der Welterzeugung gentech-
193 nisch verändert. Dabei ist das Verbesserungspotenzial landwirtschaftlicher Nutzpflanzen bei
194 weitem noch nicht ausgeschöpft. Die Chancen der Grünen Gentechnik liegen u.a. in der Ver-
195 besserung der Herbizid- und Schädlingstoleranz, der Anreicherung von Pflanzen mit bestimm-
196 ten Nährstoffen und Vitaminen sowie in der Erhöhung von Trockenresistenzen.

197 Deutschland und Europa werden sich von dieser Entwicklung nicht abkoppeln können. Im Ge-
198 genteil: Der Klimawandel wird die rasche Anpassung der Nutzpflanzen an die neuen Bedin-
199 gungen erfordern, die Nachfrage nach Energie aus Biomasse trifft zudem mit einer weltweit
200 steigenden Nahrungsmittelnachfrage zusammen. Hierzu kann die Grüne Gentechnik einen
201 Beitrag leisten. Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Importeur und viertgrößte Exporteur
202 von Agrarprodukten. Ohne die Nutzung der Grünen Gentechnik erwächst daraus ein deutli-
203 cher Wettbewerbsnachteil.

204 Die Junge Union fordert deshalb:

- 205 • Eine ideologieunabhängige Debatte, die auf Wissen und empirische Forschungsergeb-
206 nisse basiert und eine weitere Aufklärung in der Bevölkerung. Verbraucher sollten wis-

207 sen, dass bereits heute über 70 Prozent der am Markt befindlichen Lebensmittel mit
208 Gentechnik (etwa durch Tierfütterung) in Berührung gekommen sind. Gleichzeitig gibt
209 es keine gentechnisch veränderte Pflanze, die roh oder zubereitet als Lebensmittel ver-
210 zehrt wird, zu kaufen. Auch bei Lebensmittelzusatzstoffen und Medikamenten wird die
211 Grüne Gentechnik bereits seit Jahrzehnten ohne negative Auswirkungen auf die
212 menschliche Gesundheit eingesetzt.

- 213 • Die Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland durch den Ausbau der Forschung
214 an gentechnisch veränderten Organismen (GVO).
- 215 • Auch weiterhin dürfen gentechnisch veränderte Organismen nur nach aufwendiger
216 Unbedenklichkeitsprüfung zugelassen werden. Alle neuen Sorten werden jahrelang in
217 aufwendigen Testreihen nicht nur auf Unbedenklichkeit geprüft, sondern auch darauf,
218 ob sie einen tatsächlichen Mehrnutzen gegenüber jeder bereits zugelassenen Sorte auf-
219 weisen.
- 220 • Den Abbau bürokratischer Hürden des Verfahrens für die Zulassung genveränderter
221 Pflanzen. Künftig müssen neue, wissenschaftlich und behördlich geprüfte und als un-
222 bedenklich eingestufte Sorten zügig zugelassen werden, um zu verhindern, dass Europa
223 im weltweiten Wettbewerb immer weiter zurückfällt.
- 224 • Die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission, die Stellungnahmen zu Ge-
225 setzesvorlagen abgeben und auch Initiativen anstoßen soll. Im Zuge der Zulassungsver-
226 fahren soll sie eine umfassende Risikobewertung vornehmen und die Chancen der
227 Grünen Gentechnik für die Landwirtschaft auf Grundlage des aktuellen Wissenschafts-
228 standes sachlich beurteilen.
- 229 • Praktikable Schwellenwerte für zufällige, technisch unvermeidbare Beimischungen von
230 GVO in konventionellem Saatgut sind unerlässlich. Ferner ist ein Schwellenwert für ge-
231 ringfügige Beimischungen von nicht in der EU angemeldeten bzw. zugelassenen oder in
232 den EU-Ländern asynchron zugelassenen GVO in Lebens- und Futtermitteln notwen-
233 dig. Die deutsche Landwirtschaft ist auf den Import von proteinhaltigen Futtermitteln
234 angewiesen.
- 235 • Keine Veröffentlichungspflicht von GVO-Standorten und Abstandsregelungen –die
236 gültigen Regelungen zum Standortregister, insbesondere die Aufnahme personenbe-
237 zogener Daten sind abzulehnen. Denn die Daten können missbräuchlich verwendet
238 werden und tragen zur Feldzerstörung bei. Die Frist zur Registeranmeldung sollte
239 ebenso wie die geltenden Abstandsregelungen überdacht werden, deren praxisrelevan-
240 te Rechtfertigung strittig ist und bei der neue wissenschaftliche Erkenntnisse einzube-
241 ziehen sind.
- 242 • Die Änderung des Begriffes „Inverkehrbringens“ und der Haftungsregelungen – DNS-
243 Spuren gentechnisch veränderter Pflanzen in konventionellen Produkten infolge ge-
244 nehmigter Freisetzungen sollen nicht generell unter „Inverkehrbringen“ fallen. Die gel-
245 tenden Haftungsregelungen belasten Landwirte, die neue gentechnisch veränderte
246 Sorten anbauen, und kommen einer Gefährdungshaftung gleich, bei der das Saatgut,
247 das einem langen Zulassungsverfahren ausgesetzt wurde, als Gefahrgut angesehen
248 wird. Dies ist nicht sachgerecht.

- 249 • Die Junge Union hält den Verbraucher für mündig genug, selbst zu entscheiden, was er
250 konsumieren möchte und spricht sich deshalb für die klare Kennzeichnung gentech-
251 nisch veränderter Lebensmittel auf Basis der EU-Verordnung 1830/2003 aus.

252

253 **Den eigenverantwortlichen Verbraucher stärken**

254 Für jeden Einzelnen müssen Freiheit und damit ein hohes Maß an Lebensqualität und Sicher-
255 heit gewährleistet sein. Unser Leitbild ist der eigenverantwortliche Verbraucher. Wir sind ge-
256 gen jegliche Konsumlenkung des Staates, denn wir trauen dem Verbraucher zu, seine Konsum-
257 entenentscheidungen eigenständig und kompetent zu treffen. Die Soziale Marktwirtschaft
258 steht für Wettbewerb und funktionierende Märkte. Durch diesen Wettbewerb muss sich jedes
259 einzelne Unternehmen das Vertrauen der Verbraucher in Bezug auf Güte und Sicherheit der
260 Produkte verdienen.

261 Bei Lebensmittelkennzeichnungen vertrauen wir auf die Mündigkeit des Bürgers und dessen
262 Entscheidungskraft. Wir sind gegen eine Ampel-Kennzeichnung unserer Lebensmittel, sondern
263 unterstützen die Nährwertkennzeichnung auf Produkten. Der Käufer erhält hiermit die Infor-
264 mation über Kalorien und Inhaltsstoffe des Produktes und kann seine Entscheidung eigenver-
265 antwortlich und ohne Lenkung treffen.

266 Die Junge Union Deutschlands setzt sich für eine frühzeitige Bildung in Bezug auf gesunde
267 Ernährung ein. Gerade für unsere Kinder ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung wich-
268 tig. Sie haben das Recht auf Bildung und Aufklärung. Diese muss durch die Familie und ergän-
269 zend dazu durch geeignete Schulprogramme stattfinden. Deshalb unterstützen wir das von der
270 EU aufgelegte Schulmilch- und Schulobstprogramm.

271

272 **Für eine zukunftsfähige deutsche Landwirtschaft**

273 Damit sich die in den Weltmarkt integrierte wettbewerbsfähige deutsche Landwirtschaft mit
274 ihren hochwertigen Produkten in der Europäischen Union und auf Drittlandsmärkten behaupt-
275 tet kann, fordert die die Junge Union Deutschlands zusammengefasst:

- 276 • Die Ziele des europäischen Agrarmodells müssen gegenüber andersgerichteten Ein-
277 flüssen des Weltmarktes offensiv vertreten werden. Eine Harmonisierung der Rahmen-
278 bedingungen, wie beim Agrardiesel, wird angestrebt.
- 279 • Die produktionsunabhängigen Direktzahlungen, die an die Einhaltung anspruchsvoller
280 Produktionsstandards geknüpft sind, müssen auch nach 2013 fortgeführt werden. Da-
281 rüber hinausgehende besondere Leistungen der Landwirtschaft sollen gesondert von
282 der Europäischen Union honoriert werden.
- 283 • Für die Optimierung der Verbraucherinformation werden wir uns für eine transparente
284 Herkunftskennzeichnung, die klar zwischen Erzeugungs- und Verarbeitungsstandort
285 unterscheidet, sowie für eine einfache, klar verständliche und EU-einheitliche dem
286 mündigen Verbraucherverhalten entsprechende Nährwertkennzeichnung einsetzen.
- 287 • Den Umwelt-, Tier- und Naturschutz auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse weiter-
288 entwickeln. Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie müssen Landwirte durch
289 Beratung und Weiterbildung unterstützt werden. Der Bodenschutz kann unter regiona-
290 ler und lokaler Zuständigkeit standortangepasster, zielgenauer und wesentlich unbü-

- 291 rokratischer gewährleistet werden als auf EU-Ebene. Deshalb lehnen wir eine gesetzli-
292 che Regelung in Form einer europäischen Bodenschutzrichtlinie ab.
- 293 • Reduzierung des Flächenverbrauchs bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag. Derzeit gehen der
294 Landwirtschaft in Deutschland durch Versiegelung und Kompensation täglich etwa 113
295 Hektar Flächen verloren.
 - 296 • Die Investitionsförderung aus dem ELER-Programm der EU für die Marktorientierung
297 der deutschen Landwirtschaft voll ausschöpfen. Die Risiken für landwirtschaftliche Be-
298 triebe nehmen durch volatile Märkte und den Rückzug der Agrarpolitik aus der Markt-
299 steuerung, aber auch durch veränderte Klimabedingungen, hohes Tierseuchenrisiko
300 und eine wachsende Spezialisierung ständig zu. Damit sich die Landwirtschaft künftig
301 auf den Märkten behaupten kann, ist sie auf die Förderung angewiesen.
 - 302 • Aufgrund der großen Bedeutung der Milchviehhaltung, vor allem auch in Mittelge-
303 birgsregionen, begrüßen wir das Sofortprogramm der Bundesregierung. Um weiterhin
304 eine flächendeckende Milchproduktion in Deutschland auch nach dem Auslaufen der
305 Milchquotenregelung 2015/16 im Zuge der verstärkten Marktorientierung der europä-
306 ischen Agrarpolitik zu ermöglichen und sinkende Erzeugerpreise zu vermeiden, spre-
307 chen wir uns für eine dauerhafte Prämie aus, die an der Wettbewerbsfähigkeit der ein-
308 zelnen Regionen ausgerichtet ist.
 - 309 • Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen den Risiken der stärker schwankenden Mär-
310 ten begegnen können. Wir sprechen uns daher für die Möglichkeit einer steuerlichen
311 Risikorückstellung aus.